

Mehr Schulden, weniger Abzahler

Die demografische Zeitbombe tickt immer lauter

Die alternde Gesellschaft in Deutschland stellt den schon jetzt enorm verschuldeten Staat vor enorme Probleme. Denn weniger Erwerbstätige bedeuten für ihn auch weniger Steuern. Das trifft die Bürger massiv: Das Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demografischer Wandel warnt, der Lebensstandard werde ohne Veränderungen innerhalb von 30 Jahren um 30 Prozent sinken.

Von Tino Andresen



Ungeheure Wucht: Die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland geht zurück, die Basis der Einkommensteuerzahler und damit die Einnahmen des Staates sinken. Quelle: dpa

DÜSSELDORF. Vor einem Arbeitskräftemangel in Deutschland ab 2015 warnte vor wenigen Tagen die Unternehmensberatung McKinsey. (...)

Im Verhältnis zu den Erwerbstätigen wird es immer mehr Rentner geben (...).

Die Folgen verdeutlicht Axel Börsch-Supan, Leiter des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demografischer Wandel (MEA): „Die Staatsverschuldung muss von den Steuerzahlern getragen werden. Die Basis der Steuerzahler schrumpft, vor allem bei der Einkommensteuer. Folglich steigt die Pro-Kopf-Verschuldung. Wir haben ein doppeltes Problem: mehr Schulden und weniger Abzahler.“ Das Problem verschärfe sich durch die zusätzlichen Schulden infolge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. „Die werden erst in 15 Jahren wieder ausgeglichen sein. Da kommen wir voll in die Zeit herein, wenn die dünnen Jahrgänge in die Erwerbstätigkeit eintreten und die Babyboomer in den Ruhestand gehen.“

(...) Das MEA geht jedoch davon aus, dass aus der gesetzlichen Rente noch in 30 Jahren 70 Prozent des Ruhestandseinkommens bezogen werden.

Börsch-Supan weist zunächst darauf hin, die Erwerbsbeteiligung müsse so gering bleiben wie sie heute ist, damit sich der Rentnerquotient so entwickle wie prognostiziert. Dann wird er deutlich: „Die Sozialversicherungssysteme wären damit überfordert.“ Darum gebe es den Nachhaltigkeitsfaktor, aufgrund dessen die Renten leicht sinken und die Beiträge deshalb schwächer steigen. Die Anhebung des

Rentenalters von 65 bis 67 sei dabei „absolut zentral“. Börsch-Supan betont außerdem, die Rente mit 67 komme nicht schlagartig, sondern Schritt für Schritt bis 2029. „Bis dahin steigt die Lebenserwartung so stark, dass sich die Bezugdauer der Rente unterm Strich um ein Jahr verlängert.“

Bei der Kranken- und Pflegeversicherung ist er nicht so pessimistisch wie viele andere Wirtschaftsforscher: „Mit steigender Lebenserwartung verschieben sich auch Krankheiten und Behinderungen nach hinten.“ Szenarien, wonach sich die Beiträge für die Pflegeversicherung verdreifachen, würden das nicht berücksichtigen.

Der Mannheimer Professor hat ein Rezept, wie sich gegensteuern ließe: „Erwerbstätigkeit und Produktivität müssen erhöht werden.“ Um die Erwerbstätigkeit zu steigern, müsse diese in jüngeren Jahren beginnen, das Renteneintrittsalter müsse steigen, ebenso der Anteil arbeitender Frauen, und die Arbeitslosigkeit müsse sinken. „An allen vier Baustellen wird gearbeitet“, sagt Börsch-Supan mit Blick auf kürzere Studiengänge mit Bachelorabschluss, die Rente mit 67, bessere Kinderbetreuung und die Hartz-Arbeitsmarktreformen. „Wir sind aber noch nicht da, wo wir hinmüssen.“

Als Vorbild betrachtet er Dänemark. „Das Land ist uns bei der Erwerbstätigkeit in allen Belangen überlegen: Die Menschen dort gehen zwei Jahre später in Rente, beginnen zwei Jahre früher zu arbeiten, der Anteil erwerbstätiger Frauen ist deutlich höher und die Arbeitslosenquote geringer.“ Die Schweiz zeige ebenfalls, dass es auch ohne amerikanische Verhältnisse gehe.

Deutschland benötigt dem MEA zufolge eine deutliche Produktivitätssteigerung: 2030 müssten rund ein Fünftel weniger Erwerbstätige ein etwa gleiches Konsumniveau wie heute produzieren. Die Produktivität ließe sich durch bessere Aus- und Weiterbildung steigern. „Wenn wir weniger Köpfe haben, müssen die wenigstens klüger sein“, fordert Börsch-Supan – und sieht dringenden Verbesserungsbedarf: „Die Weiterbildung in Deutschland ist im internationalen Vergleich miserabel. In Europa liegen wir da ganz hinten.“ Insbesondere bei Älteren werde sie vernachlässigt. Auch das Niveau der Ausbildung habe sich verschlechtert, Stichwort Pisa-Studie. (...)

Ebenfalls deutlich ist die Kritik von Börsch-Supan: „Die Altersteilzeit fortzuführen und aus Steuermitteln zu subventionieren ist ein Unding in einer Zeit, in der wir gesünder

sind und länger leben. Es ist klipp und klar, dass wir uns den Luxus der Frühverrentung aus den 70er- und 80er-Jahre nicht mehr leisten können.“ (...)

Auf ein weiteres Problem Deutschland weist das MEA hin. „Kapital wird aus Ländern mit einer relativ alten Bevölkerung in Länder mit einer relativ jüngeren Bevölkerung fließen, da dort die Renditen höher sein werden.“ Daher ist es laut dem Institut wahrscheinlich, dass Deutschland vom Exportweltmeister zum Nettokapitalimporteur wird.

Der vollständige Artikel erschien auf Handelsblatt Online am 9. April 2010.